

## **Protokoll**

### **Sitzung Fachausschuss Umwelt- und Ressourcenschutz vom 12.11.2021**

Ort: Webex-Koferenz

Beginn: 10:10

Ende: 12:45

Teilnehmer:

Sven Deter (Vorsitzender)  
Marcus Jatzak (Protokoll)  
Enrico Voigt  
Denny Tumlirsch (HGF LBV)  
Jens Schreinicke  
Katarina Stahr  
Daniel Schacht  
Christine Streese

Gast: Frau Kerstin Hennig, Geschäftsführerin der Agrar GmbH "Elstertal" Plessa

### **Tagesordnung**

- Top 1** Begrüßung durch den Vorsitzenden des Fachausschusses Herrn Sven Deter
- Top 2** Landesniedrigwasserkonzept des MLUK
- Top 3** Praxisbericht Fr. Kerstin Hennig, Agrar GmbH "Elstertal" Plessa
- Top 4** Moorschutz
- Top 5** PV-Freiflächen
- Top 6** Sonstiges

## **TOP 2: Landesniedrigwasserkonzept**

### **Ausgangslage:**

- Landesniedrigwasserkonzept zielt auf ein systematisches und strukturiertes wasserwirtschaftliches und wasserrechtliches Handeln ab
- Vorsorge vor Niedrigwasser und daraus resultierenden Schäden
- Management in Niedrigwassersituationen stellt Handlungsleitlinie und -plan für die Wasserwirtschaftsverwaltung (MLUK, LfU) des Landes dar

### **Teilt sich in mehrere Teilmaßnahmen:**

- **Wasserwirtschaftliche Maßnahmen der Niedrigwasservorsorge**
- **Maßnahmen des Niedrigwassermanagements**
- **Pegelspezifisches Niedrigwasserwarnsystem (Niedrigwasserampel)**
- **Flussgebietsbezogenes Niedrigwasserkonzepte**
- Wasserwirtschaftliche Maßnahmen der Niedrigwasservorsorge:
  - Wasserrückhalt in der Landschaft (Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes)
  - Anpassungen der Bewirtschaftung der Gewässer und Anlagen
  - vielfältige Maßnahmen zum Rückhalt und zur Speicherung von Niederschlagswasser
  - Optimierte Staumanagement
  - Möglichkeiten und Rahmenbedingungen sollen gefunden werden, unter denen das Stauregime soweit wie möglich auf Wasserrückhalt ausgerichtet werden kann
  - Anpassung von wasserrechtlichen Zulassungen und die Aufnahme von Regelungen für Niedrigwassersituationen ist ebenfalls Aufgabe der Niedrigwasservorsorge
  - Beschränkungen der Gewässerbenutzungen (soweit erforderlich)
- Maßnahmen des Niedrigwassermanagements:
  - Angepasster Betrieb von wasserwirtschaftlichen Anlagen
  - Laufende Überwachung und operative Entscheidungen zum Staumanagement und zur Gewässerunterhaltung durch das LfU und die örtlich zuständigen Gewässerunterhaltungsverbände
  - Beschränkung oder den Widerruf von Erlaubnissen zur Wasserentnahme als Einzelfallentscheidung und die Einschränkung des Anlieger- und Eigentümergebrauchs durch Allgemeinverfügung
  - Gewässeraufsicht bei den unteren Wasserbehörden ist angehalten, gegen unerlaubte Entnahmen konsequent ordnungsrechtlich und durch die Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren vorzugehen
- Maßnahmen in der Landwirtschaft:
  - Reduzierung des Wasserbedarfs der Landwirtschaft durch angepassten Fruchtanbau und Bewirtschaftung und wassersparende Beregnung
  - Beratung bei der Auswahl zu trockenheitsresistenter Kulturen

- Bestandserhebung, Überprüfung und Rückbau von Drainagen und Einrichtungen zur Flächenentwässerung in Abstimmung mit der Landwirtschaft
- Anpassung der landwirtschaftlichen Förderung an Anforderungen eines nachhaltigen Umgangs mit verfügbaren Wasserressourcen (Kulturen, die Versickerung und lockeren Boden begünstigen; Einhaltung bestimmter Fruchtfolgen; verstärkte Maßnahmen gegen Wind- und Wassererosion) (S. 38)

### **Problemlagen**

- Kernfrage: Sind die Möglichkeiten der Gewässerregulierung seitens der Gewässerverbände bereits vollends ausgeschöpft worden
- Interessen der Landwirtschaft sind nicht ausreichend berücksichtigt
  - „Bei landwirtschaftlicher Nutzung führt geringes Wasserspeichervermögen der Böden dazu, dass Trockenperioden nur durch Beregnung/künstliche Bewässerung ohne Versorgungsdefizite der Pflanzen überbrückt werden können. Angesichts zunehmender Trockenheit und resultierender Wasserknappheit wird die Bereitstellung von Zuschusswasser für die Landwirtschaft immer schwieriger, so dass Anpassungsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung in Betracht gezogen werden müssen.“
- Niedrigwasserkonzept unzureichend
  - Gesamtheitliches Wasserhaushaltskonzept ist erforderlich

### **Beschluss nach Abstimmung**

**Ein Wasserrückhalt in der Landschaft ist der richtige Weg und auch im Interesse der Landwirte, dabei ist die schadlose Bewirtschaftung weiter zu ermöglichen. Die zuständigen unteren und oberen Wasserbehörden werden aufgefordert, die Boden- und Gewässerverbände in die Lage zu versetzen, die vorhandenen Möglichkeiten der Wasserregulierung auszuschöpfen. Die Finanzierung darf nicht ausschließlich zu Lasten der Landwirtschaft gehen. Die Gewässerunterhaltungsbeitragsfaktoren müssen vielmehr dem Verursacherprinzip entsprechen. Eine Einflussnahme auf die Art und Weise der Bewirtschaftung kann nur im Einvernehmen mit dem Landwirt geschehen. Gegebenenfalls müssen finanzielle Ausgleiche zur Verfügung gestellt werden. Wasserrechte müssen zugunsten der ernährungswirtschaftlichen Versorgungssicherheit weiter bewahrt oder erteilt werden.**

### **TOP 3: Praxisbericht Frau Kerstin Hennig**

- Wasser der schwarzen Elster tritt seit Jahren über
- Wasser steht auf den Flächen und schädigt die Kulturen
- LfU und der zuständige Wasser- und Bodenverband wurden auf die Missstände wiederholt hingewiesen
- Zuletzt erging eine Aufforderung von Seiten des LBV mit Schreiben vom 22.09.2021
- Ggf. sollte hier eine Problemlösung auf Kreisebene – innerhalb des Kreistages erfolgen
- Insgesamt scheint es auch ein Problem des Personalmangels innerhalb der zuständigen Behörden zu geben
- Denkbar sind als mögliche Ursache auch Fehler im Staumanagement
- Fest steht, dass der Gewässer- und Bodenverband handeln will, die untere Naturschutzbehörde dies allerdings erschwert

## **TOP 4: Moorschutz**

### **Ausgangslage:**

- Rund 300.000 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Land Brandenburg ist Grünland in unterschiedlichster Ausprägung
- 60 Prozent dieser Grünlandflächen in Brandenburg sind Niedermoore, für deren Nutzung differenzierte Strategien notwendig sind
- Grünland-Expertinnen und -Experten aus Wissenschaft und Praxis sehen in der Entwicklung moderner Nutzungskonzepte für das natürliche Grünland in Brandenburg gute Ansätze, um nachhaltige Bewirtschaftungssysteme mit aktivem Natur- und Umweltschutz zu verknüpfen

### **Auszugsweise 10-Punkte-Programm des MLUK**

- Die Verbesserung der Wasserverhältnisse erfolgt unter Abwägung aller Flächenanforderungen. Die Beeinträchtigung von Infrastruktur ist zu vermeiden.
- Die standortangepasste landwirtschaftliche Nutzung von Moorflächen wird durch eine zweiseitige Wasserregulierung gesichert
- Bei forstlicher Nutzung wird der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Erhaltung, Stabilisierung und Revitalisierung naturnaher Moore in bewaldeten Einzugsgebieten gelegt.
- Die landwirtschaftliche Nutzung von Moorflächen erfolgt ausschließlich als Dauergrünland oder nach einer Erprobungsphase mit Paludikulturen, wie Anbau von Schilf, Erlen, Rohrglanzgras. Ackerbaulich genutzte Moore werden in Grünland überführt.
- Eine breite Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sind zur Begleitung jeglicher Moorschutzaktivitäten erforderlich. Information und Beratung sind wichtige Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Programms.
- Das Moorschutzprogramm bedarf in der Umsetzung einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Moorschutzmaßnahmen/-projekte in der landesseitigen Untersetzung der europäischen Förderprogramme förderfähig sind. Dies gilt auch für diejenigen Programme, die auf eine Minderung der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre zielen. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Förderfähigkeit von landwirtschaftlich genutzten Mooren aus Säule I und II der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU wird weiterhin abgesichert wird.

- S. 59 u. 60 der Broschüre „Moorschutz in Brandenburg“, MLUK 2015

### **Maßnahmen**

- Planung, Vorbereitung von wasserrechtlichen Verfahren, Vergabe der Bauleistungen
- Rückbau der Entwässerung, Vernässung genutzter Flächen / Flächenkauf
- Einrichtung von Pufferzonen / Flächenkauf
- Pflege von Braunmoosmooren (insgesamt 50 bis 100 ha)
- Umleitung von Straßenentwässerung

### **Notwendige Rahmenbedingungen**

- administrative und fördertechnische Unterstützung durch das Land bei der Erarbeitung und Einführung in die Praxis
- administrative Unterstützung und finanzielle Anreize zur Etablierung eines Beratungsangebotes zur Umsetzung einer Grünlandstrategie (naturschutzfachliche Beratung)
- verbindliche Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft, Unterhaltungsverbänden, Behörden und den landwirtschaftlichen Betrieben auf lokaler Ebene, um insbesondere auf Niedermoor und Retentionsflächen durch angepasste wasserwirtschaftliche Maßnahmen die Bewirtschaftung zu erhalten und zu verbessern
- fördertechnische Unterstützung bei Ausbau und Instandhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen
- tragfähige Konzepte zum Interessenausgleich zwischen ökonomischer Nutzung und Naturschutz
- Tätigkeiten der Arge-Klimamoor müssen näher beleuchtet werden
  - Diesbezüglich wurde seitens des LBV eine Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz an das MLUK gestellt – Hr. Jatzak wird dies an die ordentlichen Fachausschussteilnehmer zur internen Verwendung herausgeben

### **Beschluss nach Abstimmung**

**Der Fachausschuss betont, dass Moorschutz nur in Zusammenarbeit mit den Landwirten gelingen kann. Das MLUK wird aufgefordert, endlich ein vollumfängliches Konzept aufzustellen. Das Konzept muss geeignet sein, einen Interessenausgleich zwischen ökonomischer Nutzung und Naturschutz, insbesondere unter Berücksichtigung etwaiger Flächenkonkurrenzen bereitzustellen. Das Konzept sollte Fördermöglichkeiten für die Einführung der Moorbewirtschaftung, eine finanzielle Unterstützung bei Ausbau und Instandhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen und bei der Vermarktung der Erzeugnisse bieten. Darüber hinaus hat es dafür Sorge zu tragen, dass eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft, Unterhaltungsverbänden, Behörden und den landwirtschaftlichen Betrieben auf lokaler Ebene gefördert wird. Gleichermaßen darf die Tätigkeit des MLUK die genannte Zusammenarbeit nicht erschweren.**

## TOP 5: PV-Anlagen

### Ausgangspunkt

- Im Großteil der Gemeinden werden Anträge für die bauleitplanerische Sicherung von Flächen für den Bau der Photovoltaik-Freiflächenanlagen gestellt
- MLUK hat eine „Vorläufige Handlungsempfehlung zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige Photovoltaik Freiflächensolaranlagen (PV-FFA)“
- Landesregierung hat sich 2020 zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet und strebt an, dass Brandenburg spätestens im Jahr 2050 klimaneutral wirtschaftet und lebt
- Mittlerweile sind größere Freiflächensolarparks auch ohne EEG-Förderung wirtschaftlich attraktiv
- Bei der Nutzung von Freiflächen für die Solarenergie sind die Gemeinden als Planungsträger gefragt, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen
- Planungshoheit liegt bei den Kommunen

### Positivkriterien gemäß Handlungsempfehlung des MLUK

- MLUK empfiehlt den Gemeinden, bei der planerischen Vorbereitung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen als methodische Leitidee folgende Positiv-, Abwägungs- und Ausschlusskriterien heranzuziehen
- Positivkriterien:
  - hoher Versiegelungsgrad
  - Lebensraumfunktion erheblich beeinträchtigt
  - Flächen mit einem durch technische Einrichtungen stark überprägten Landschaftsbild
  - Militärische oder wirtschaftliche Konversionsflächen
  - Grundsatz: Abwägung im Einzelfall

### Ausschlusskriterien gemäß Handlungsempfehlung des MLUK

- Naturschutzgebiete
- FFH Gebiete
- Europäische Vogelschutzgebiete
- Landschaftsschutzgebiete
- Gebiete nach § 30 BNatSchG und flächenhafte Naturdenkmale
- natürliche Stand- und Fließgewässer einschließlich Gewässerrandstreifen, vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete und Wasserschutzgebiete
- Böden mit einer hohen Ausprägung ihrer Bodenfunktionen nach § 2 BBodSchG
- Moorböden

### Einzelfallbezogene Bewertungskriterien gemäß Handlungsempfehlung des MLUK

- Ortsrandlagen
- Abstand zu Orten und Ortslagen
- Störungsarme Räume (Landschaftsprogramm)
- Hochwertiges Landschaftsbild
- Berücksichtigung der Planungen für Naturschutzprojekte, Pflege- und Entwicklungspläne
- Künstliche Seen können geeignet sein, wenn keine Nutzungskonflikte bestehen
- Berücksichtigung von Bodendenkmalen

- Auswirkungen des Vorhaben auf die Einkommenssituation und den Erhalt des landwirtschaftlichen Unternehmens bzw. des bisherigen Nutzers der Flächen haben wird

Im Regelfall sind nur Flächen mit Bewirtschaftungsschwierigkeiten als geeignete Standorte heranzuziehen:

- steinreiche Flächen
- starke Hanglage
- Ausweisung als (Natur-)Schutzgebiet
- Ausweisung als nitratbelastetes oder eutrophiertes Gebiet
- jahresdurchschnittliche klimatische Wasserbilanz < -50 mm/a
- Waldlagen
- erhebliche Entfernungen von Betriebsstätten
- Grenzertragsstandorte

### **Problemlagen**

- Planungshoheit der Kommunen gibt Möglichkeit der Flexibilität durch gebietsspezifische Entscheidungen - ABER:
  - Sinnvoll ist es, die Kommunen in Einzelfall aufzufordern, Entscheidungen in Zusammenarbeit mit den Kreisbauernverbänden zu treffen
- Verlust großer, landwirtschaftlich sinnvoll bewirtschaftbarer Flächen kann zu immensen wirtschaftlichen Notlagen bei den Betrieben führen
- Es drohen erhebliche Verwerfungen am Bodenmarkt aufgrund zusätzlicher finanzstarker Interessenten
- Gemeinsam mit den Kreisbauernverbänden sollten Kriterien erarbeitet werden, welche so dann für die Standortauswahl herangezogen werden
- Landnutzer müssen ein Mitspracherecht haben

### **Beschlussfassung nach Abstimmung**

**Der Ausschuss ist darüber einig, dass die Thematik der PV-Anlagen komplex und sehr facettenreich ist. Die Komplexität der Thematik ergibt sich aus den zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbaren Folgen für die brandenburgische Landwirtschaft und dem knappen Gut ‚Boden‘ sowie aus dem Umstand, dass die Planungshoheit zuletzt den Kommunen obliegt. Eine sachliche Beteiligung der Kreisbauernverbände bei der Aufstellung von Kriterien ist anzustreben.**

**Der Fachausschuss beschließt die Ladung eines Sachverständigen, welcher mit der Planung von PV-Vorhaben regelmäßig betraut ist um näher Aufschluss potentielle Problemlagen für die brandenburgische Landwirtschaft ermitteln zu können.**

### **TOP 6: Sontiges**

- Es wurde angeregt, die Thematik Insektenschutz im Rahmen der nächsten Fachausschusssitzung, voraussichtlich im ersten Halbjahr 2022, aufzugreifen